

China das konstruktive, der Westen aber das destruktive Element in Afrika - dies ist etwa die Hauptbotschaft, die hinter dieser Diplomatie steht. -we-

Innenpolitik

*(6)

Die Tücken der Personalpolitik: Gegenstimmen im Zentralkomitee und die Rolle der Parteiveteranen

Personalentscheidungen über die Zusammensetzung der Führungsgremien in der Parteizentrale geben immer wieder wichtige Aufschlüsse über die Kräfteverhältnisse in der chinesischen Politik. Der Machtzuwachs der Shanghai- und Qinghua-Seilschaften im letzten Monat hat diese Erkenntnis bekräftigt. (C.a., 94/9, Ü 19) Wie kommen aber die Personalentscheidungen zustande?

Auf der Grundlage bisheriger Forschungsergebnisse und der internen Informationen, die zum überwiegenden Teil in der Hongkonger Presse verbreitet werden (siehe etwa DX, 1994/10, S.6-9), können wir den Ablauf der personalpolitischen Entscheidungsvorgänge im Vorfeld der jüngsten ZK-Plenartagung rekonstruieren. Der Ernennung der neuen Mitglieder des Politbüros bzw. des ZK-Sekretariats sind, wie schon in vergleichbaren Fällen vergangener Jahre, aufwendige Verhandlungen in der Parteispitze und ein mehrstufiges Abstimmungsverfahren vorausgegangen.

1. Personalvorschlag aus der Parteispitze

Vorstöße für die Berufung neuer Kräfte in die Parteizentrale kommen in der Regel aus dem Ständigen Ausschuß des Politbüros und/oder werden von führenden Vertretern der Veteranenkader (etwa Deng Xiaoping, Chen Yun, Peng Zhen oder Song Ping) angeregt. Im jüngsten Fall kam die personalpolitische Initiative offenbar von Generalsekretär Jiang Zemin persönlich, der seine Position durch die Berufung loyaler neuer Kräfte zu unterfüttern beabsichtigt.

2. Unterstützung durch die Veteranenkader

Jiangs Vorstoß fand die Unterstützung der wichtigsten Veteranenkader, denen daran gelegen ist, einen stabilen "Führungskern" für den Fall einer Nachfolgekrise und für die Zeit nach dem Aussterben der Revolutionsveteranen zu errichten.

3. Billigung durch den Ständigen Ausschuß des Politbüros

Die Personalvorschläge wurden daraufhin auch vom Ständigen Ausschuß des Politbüros ohne größere Bedenken akzeptiert und zur Bestätigung für die nächste ZK-Plenartagung vorbereitet.

4. Sondierung auf einer Arbeitskonferenz der Parteizentrale

Im Vorfeld einer ZK-Plenartagung finden stets eine oder mehrere vorbereitende "Arbeitskonferenzen" statt, an denen die wichtigsten Funktionäre aus zentralen und regionalen Führungsgremien teilnehmen. In diesem September sollen etwa 75 Spitzenkader an einer Vorbereitungskonferenz teilgenommen haben. Sie bestätigten nach einigen Diskussionen die von Politbüro und ZK-Sekretariat vorgenommenen Nominierungen.

5. ZK-Plenartagung

a) Testwahl in Gruppensitzungen

Auf der eigentlichen Plenartagung des Zentralkomitees werden die Personalvorschläge zunächst in kleineren Gruppen diskutiert. In diesem Jahr traten zwölf Gruppen zusammen, die jeweils von Vertretern der Zentralorgane, des Militärs und verschiedener provinzenübergreifender Großregionen gebildet wurden. Innerhalb dieser Gruppen findet eine "Vorwahl" (*fenzu yuxuan*) statt, die dazu dient, ein Meinungsbild noch vor der Hauptabstimmung im Plenum zu ermitteln.

b) Überzeugungsarbeit

Wenn sich, wie in diesem Jahr, in einigen ZK-Gruppensitzungen Bedenken gegen die Kandidaten regen (in einzelnen Testwahlen soll ein Drittel der Gruppenmitglieder gegen die Personalvorschläge gestimmt haben), versucht die Parteispitze, mit Hilfe von Appellen und Überredung eine möglichst geschlossene Unterstützung im Plenum sicherzustellen. In diesem Jahr

war das persönliche Eingreifen einzelner noch aktiver Veteranen (Wan Li, Bo Yibo, Song Ping u.a.) nötig. Sie ermahnten die ZK-Mitglieder, sich geschlossen hinter die von der Parteiführung nominierten Kandidaten zu stellen.

c) Abstimmung im Plenum

Nach dieser Überzeugungsarbeit fanden die personellen Veränderungen in der Plenarabstimmung eine klare Mehrheit. Die Zahl der Gegenstimmen (im schlechtesten Falle wurden 38 ablehnende Voten gegenüber 211 zustimmenden registriert) hielt sich in Grenzen.

Die Komplexität der personalpolitischen Entscheidungsprozesse in der chinesischen Führung zeigt, daß die Parteispitze große Vorsicht gegenüber den gewachsenen regionalen, ressortspezifischen, militärischen und patronagebedingten Interessen walten lassen muß, die im Zentralkomitee vertreten sind. Schlußabstimmungen werden äußerst sorgfältig vorbereitet, um vor Überraschungen sicher zu sein. Hierzu ist es notwendig, die Stimmung unter den ZK-Mitgliedern im Vorhinein zu sondieren und gegebenenfalls in persönlichen Gesprächen Druck auszuüben.

Auch die besondere Rolle der Veteranen wird in den oben aufgeführten Vorgängen deutlich. Ohne die Unterstützung der Altrevolutionäre lassen sich personelle Veränderungen zur Zeit weder initiieren noch durchsetzen. Es ist wahrscheinlich, daß es nach dem Ableben der alten Garde für die Parteiführung um Jiang Zemin noch schwieriger wird, politische oder personelle Veränderungswünsche im Zentralkomitee durchzubringen. Es ist durchaus denkbar, daß es dann zu einer anhaltenden Lähmung der Entscheidungsfindung in der Parteizentrale kommt. Dies gäbe den regionalen Führungen Gelegenheit, ihre eigenständigen Gestaltungsmöglichkeiten, die heute zum Teil schon beachtlich sind, auszuweiten. -hei-

*(7)

130 Millionen "Junge Pioniere": Die Kinderorganisation der KPCh

Auf einer Feier zum 45. Jahrestag der Gründung der kommunistischen Kinderorganisation "Junge Pioniere" (die Organisation wurde im Oktober 1949

errichtet und erhielt im Juni 1953 ihren heutigen Namen) wurden genauere Angaben zur Mitglieder- und Leitungsstruktur in den Parteimedien gemacht.

Zur Zeit soll es 130 Mio. "Junge Pioniere" (*Zhongguo shaonian xianfengdui* oder kurz *shaoxiandui*) geben, die von insgesamt 4,2 Mio. Instruktoren (*fudaoyuan*) betreut werden. 3,7 Mio. Instruktoren seien in Schulen, 0,5 Mio. außerhalb von Schulen tätig. (RMRB, 13.10.94)

Die Kommunistische Partei hat den Kommunistischen Jugendverband (KJV) mit der Aufsicht über die "Jungen Pioniere" beauftragt. Die KPCh erhofft sich von einer frühen Einbindung der Kinder in politische Ergebnisrituale die Förderung eines systemloyalen Nachwuchses.

Zusammen mit dem KJV, der 1993 rund 56 Mio. Mitglieder aufwies, verfügt die KPCh über eine auf den ersten Blick formidable Massenbasis unter chinesischen Kindern und Jugendlichen. Viele der beteiligten jungen Chinesen aber sehen die Mitgliedschaft entweder als unvermeidliche Formalität an (man kann sich den Anwerbungsversuchen zumindest in städtischen Schulen nur schwer entziehen) oder aber als Gelegenheit zu mehr oder weniger unterhaltsamen Gruppenaktivitäten. Der politische Stellenwert der "Jungen Pioniere" ist deshalb gering. -hei-

*(8)

Dissidenten von Behörden mit Zwangsarbeit bestraft

Vier Menschenrechtsaktivisten aus Shanghai - Li Guotao, Yang Zhou, Bao Ge und Yang Qinheng - sind von den örtlichen Behörden mit drei Jahren "Besserung durch Arbeit" (*laodong jiaoyang*) bestraft worden. Im Gegensatz zur "Umformung durch Arbeit" (*laodong gaizao*), die nur durch ein Volksgericht verhängt werden kann, handelt es sich bei der dreijährigen Lagerstrafe um eine Verwaltungsanordnung, die von den Polizei- und Justizbehörden nach eigenem Ermessen ausgesprochen werden kann. Diese "administrativen Strafen" (*xingzheng chufen*) sind in China gefürchtet und werden von ausländischen Menschenrechtsorganisationen heftig kritisiert,

weil der Willkür der staatlichen Behörden hier keine Grenzen gesetzt sind.

Die vier Shanghaier Dissidenten, die zum Teil schon im Zusammenhang mit den Protestdemonstrationen von 1989 im Gefängnis gesessen hatten, waren im Mai und Juni dieses Jahres verhaftet worden. Der chinesische Sicherheitsapparat geht seit Anfang des Jahres rigoros gegen jede Form der organisierten politischen Opposition vor.

Der Aufenthaltsort des im Frühjahr verhafteten, prominenten Regimekritikers Wei Jingsheng ist zur Zeit nicht bekannt. Entgegen in Hongkong ausgestreuten Gerüchten ist er bisher nicht aus der Haft entlassen worden.

Auf freien Fuß gesetzt wurde hingegen der Beijinger Dissident Liu Nianchun, der im letzten Winter an mehreren Initiativen für den Schutz der Arbeiterrechte und für politische Reformen führend beteiligt war. Über das Schicksal seines in Haft befindlichen Mitstreiters Zhou Guoqiang ist zur Zeit nichts bekannt.

In der Provinz Anhui wurde einer der führenden Aktivisten einer dortigen Untergrundorganisation namens Zhang Lin mit drei Jahren "Besserung durch Arbeit" bestraft. Auch andere Mitglieder dieser Organisation, die sich für die Rechte von Arbeitern und Bauern einsetzt, sollen aufgrund von Indiskretionen einer amerikanischen Journalistin (sie hatte unter Nennung der Namen über die oppositionellen Kräfte in Anhui berichtet) verhaftet worden sein. (SCMP, 5.9.94, 12./19.10.94; SZ, 13.10.94)

Um der Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit zu entgehen, haben die chinesischen Justiz- und Sicherheitsbehörden ihre Vorgehensweise gegenüber Dissidenten offenbar modifiziert. Politische Oppositionelle werden in jüngster Zeit nicht wegen "konterrevolutionärer" Vergehen verurteilt, sondern unter dem Schleier anderer strafrechtlicher Delikte (Störung des Straßenverkehrs, Unterschlagung, sexuelle Belästigung etc.) und ohne formales Gerichtsverfahren aufgrund "administrativer Strafen" in die Lager deportiert. Die Dunkelziffer politischer Häftlinge (offiziell werden nur etwa dreitausend "Konterrevolutionäre" zugestanden) ist deshalb sehr hoch. -hei-

*(9)

Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung

Die Hauptbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und des Staatsrates haben Mitte Oktober ein gemeinsames Dokument verbreitet, das die Verwendung von Luxuslimousinen für den Amtsgebrauch regeln soll. Kader der Ministerebene (diese schließt Provinzgouverneure und ProvinzparteiSekretäre mit ein) dürfen nur noch Autos bis zu drei Litern Hubraum als Dienstwagen nutzen, die in China selbst produziert werden.

Der Einsatz von Limousinen der Importmarken Mercedes-Benz, Lincoln und Cadillac wird den Kadern dieser Ebene ausdrücklich untersagt. Sie werden nun mit dem einzigen in China hergestellten Oberklasse-Wagen, der chinesischen Version des Audi 100, Vorlieb nehmen müssen. Die unteren Verwaltungsebenen werden dazu aufgerufen, detaillierte Vorschriften zum Gebrauch von Dienstwagen zu erlassen, die mit den Weisungen der Zentrale in Einklang stehen. (Xinhua, 16.10.94) Ministerpräsident Li Peng soll bereits im Jahre 1989 seinen Mercedes gegen einen Audi eingetauscht haben.

Es ist zu erwarten, daß die neuen Bestimmungen auf erhebliche Widerstände treffen, da viele Kader in Partei-, Regierungs- und Sicherheitsorganen wie auch im Militär eine importierte Luxuslimousine als wichtiges Statussymbol und als Beleg für den wirtschaftlichen Erfolg in ihrem Tätigkeitsgebiet schätzen. In der Bevölkerung allerdings hat die Geltungssucht vieler lokaler Kader beträchtliche Unzufriedenheiten hervorgerufen, auf die die Parteiführung nun reagieren will.

Auskünften der Obersten Volksstaatsanwaltschaft zufolge wird man sich in nächster Zeit verstärkt der Korruptionsfälle annehmen, in die Kader oberhalb der Kreisebene verwickelt sind. Alle regionalen Staatsanwaltschaften werden dazu aufgerufen, mit Hilfe spezieller Abteilungen ein Anti-Korruptionssystem "chinesischer Prägung" zu errichten. In den beiden letzten Jahren seien knapp 83.000 Korruptionsfälle durch die Staatsanwaltschaften untersucht worden. Zu welchen Strafen diese Ermittlungen geführt haben, wurde nicht bekanntgegeben. (RMRB, 17.10.94)

Neben den Staatsanwaltschaften sind die Kontroll- und Disziplinarorgane in Partei- und Staatsapparat mit Ermittlungen gegen korrupte Kader betraut. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Xinhua wurden seit Anfang 1993 innerhalb von anderthalb Jahren 143.000 Korruptionsfälle intern untersucht. Gegen 20.000 Kader seien Disziplinarstrafen verhängt worden, rund 10.000 schwerwiegende Fälle seien an die Staatsanwaltschaften weitergeleitet worden. (Xinhua, 30.10.94)

Die Angaben des stellvertretenden Sekretärs der Zentralen Disziplinar-Kommission der KPCh, Hou Zongbin, stimmen mit diesen Statistiken zum Teil nicht überein. Hou Zongbin gab in einem Interview an, daß die Disziplinarorgane allein in der ersten Hälfte dieses Jahres rund 764.000 Anzeigen und Beschwerden aus der Bevölkerung registriert hätten (dies sei eine Zunahme von mehr als 16% gegenüber dem Vorjahreszeitraum). In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden aber offenbar nur 72.000 Fälle untersucht. Insgesamt seien gegen mehr als 44.000 Personen intern Disziplinarstrafen verhängt worden. Darunter sollen sich nur rund 1.200 hochrangige Kader (Kreisebene aufwärts) befunden haben. Knapp eine Milliarde Yuan RMB seien als Ergebnis der Ermittlungen wieder in die Staatskasse zurückgeflossen.

In einigen Regionen und Abteilungen, so Hou Zongbin, gebe es starke Widerstände gegen die Verfolgung von Korruptionsdelikten. In diesen Fällen müßten Arbeitsgruppen von den höheren Ebenen entsandt werden, die die Untersuchungen vor Ort selbst in die Hand nähmen. Der Kampf gegen die Korruption sei eine langfristige strategische Aufgabe, die nicht in einer einzigen Schlacht gelöst werden könne. (Xinhua, 25.9.94)

In seinen Äußerungen weiter ging der Vorsitzende des Volkskongresses der Provinz Guangdong, Lin Ruo. Er wies darauf hin, daß Macht, die keiner strengen Kontrolle unterworfen sei, unweigerlich zur Korruption tendiere. Mit Hilfe des Rechtssystems und der Volkskongresse aller Ebenen müsse deshalb dem Machtmißbrauch durch Kader konsequent entgegengetreten werden. (*Nanfeng Ribao*, 14.9.94) -hei-

* (10) Sorgen um Ordnungsverfall in ländlichen Gebieten

Ein dramatisches Bild vom Verfall der Ordnung auf dem Lande wird in den letzten Monaten in offiziellen Verlautbarungen gezeichnet.

Von Diebstählen über Hehlerei bis hin zu Raub, Vergewaltigung und Mord sei eine starke Zunahme der Kriminalität auf dem Lande zu beobachten. Darüber hinaus sei die ländliche Bevölkerung zu einer "Reservearmee" für die Kriminalität in den Städten geworden. (ZTS, Hongkong, 6.10.94, nach SWB, 31.10.94)

Manche Dörfer seien in der Hand "schwarzer Gesellschaften" (*heishehui*), die sich den Niedergang der Parteiorganisation und der dörflichen Selbstverwaltung zunutze machten. In Sichuan allein sollen in diesem Sommer rund fünfhundert kriminelle Banden zerschlagen worden sein. (Sichuan Volksradio 22.9.94, nach SWB, 28.10.94)

"Reaktionäre" Klanorganisationen und Geheimgesellschaften hätten in vielen Regionen wieder Fuß gefaßt und seien im Begriff, die unter kommunistischer Herrschaft errichteten Organisationsstrukturen durch "feudale und abergläubische" Praktiken zu ersetzen. Auch soll es 1993 zu rund 600 Klanfehden gekommen sein, in deren Verlauf rund hundert Personen getötet und etwa zweitausend verletzt wurden. (SCMP, 12.10.94)

Ein Katalog von Gegenmaßnahmen gegen diese Fehlentwicklungen wurde unter anderem in der "Rechtsordnungszeitung" (*Fazhi Ribao*, 18.9.94) aufgeführt:

Arbeiter im kollektiven und privaten Sektor, die aus entfernten Regionen zuwandern, sollen einer verstärkten Überwachung unterstellt werden. Die Betriebsleitungen müßten zur Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen verpflichtet werden. Auch für Gelegenheitsarbeiter müsse ein System persönlicher Dossiers aufgebaut werden. Dorf- bzw. Nachbarschaftskomitees sollen zur Selbsthilfe greifen und Schutzcorps der Einwohner organisieren, die auch nachts patrouillieren. Die Gerichte müßten zum Zwecke der Abschreckung härtere Urteile fällen.

Als Kernproblem des Verfalls der Ordnung wird die Schwäche der Partei in vielen ländlichen Regionen benannt. Nur eine disziplinierte Parteiorganisation könne die Ordnung in den ländlichen Gebieten sicherstellen. Die Kreispartei-Komitees sollen zu einer verstärkten Aufsicht über die ihnen unterstellten Gemeinden und Dörfer verpflichtet werden. Die Stärkung der dörflichen KP-Basisorganisationen sei eine der wichtigsten Aufgaben. Die Entsendung von Arbeitsgruppen und Untersuchungskommissionen an die Basis werde intensiviert.

Ähnliche Anstrengungen zur Erneuerung der ländlichen Organisationsstrukturen waren auch schon 1989 angekündigt worden, blieben aber ohne größere Wirkung. So ist es zweifelhaft, ob diese neue Kampagne zur Bekämpfung des Ordnungsverfalls auf dem Lande von Erfolg gekrönt sein wird. -hei-

* (11) Zusammenarbeit der exilierten Mongolen, Tibeter und Uiguren

Die Exilorganisationen dreier unter chinesischer Herrschaft lebender ethnischer Minderheiten haben in den letzten Monaten Anstrengungen zu einer verstärkten politischen Zusammenarbeit unternommen. Im Juli dieses Jahres wurde in der Schweiz ein "Komitee der Allianz zwischen den Völkern Tibets, der Inneren Mongolei und Ostturkestans" gegründet. Am 16. Oktober fand die erste gemeinsame Konferenz an der Columbia-Universität in New York statt, die sich mit der Frage von Menschen- und Minderheitenrechten in China beschäftigte.

Die Vorträge und Diskussionen betonten das in mehreren Dokumenten der Vereinten Nationen verankerte Selbstbestimmungsrecht der Völker und geißelten die Haltung Beijings, die den Bevölkerungen Hongkongs, Taiwans, Tibets, Xinjiangs und der Inneren Mongolei dieses Recht abspreche.

Yan Jiqi, einer der führenden Köpfe der chinesischen Exilopposition, hielt - als einziger han-chinesischer Gastredner - ein Plädoyer für eine (groß)chinesische Konföderation (*zhonghua banglian*), in deren Rahmen den einzelnen Teilstaaten eine sehr weitgehende Autonomie eingeräumt werden

könne. Das hochzentralisierte, einheitsstaatliche Regierungssystem der VR China sei bereits empfindlich geschwächt und werde sich auf längere Sicht nur durch verstärkte Repression oder aber durch einen Kompromiß mit den regionalen Kräften am Leben erhalten können.

Die Vertreter der verschiedenen Minderheitenvölker zeigten sich skeptisch gegenüber Yan Jiaqis Konzepten: Die tiefgehenden Gegensätze zwischen Han-Chinesen und anderen Volksgruppen erlaubten nicht die Gründung einer chinesisch dominierten Konföderation. Unter chinesischer Herrschaft seien in Ostturkestan/Xinjiang, in Tibet und in der Inneren Mongolei zu viele Schandtaten von Chinesen begangen worden, als daß die Bevölkerung dies jemals vergessen könne. Eines der drängendsten Probleme sei die han-chinesische Kolonisierungspolitik, die zur Zeit gegenüber den Minderheitengebieten gezielt vorangetrieben werde.

Die Konferenzteilnehmer einigten sich auf eine verstärkte Koordinierung ihrer internationalen Aktivitäten auch im Hinblick auf neue Perspektiven, die sich nach dem Tod Deng Xiaopings ergeben könnten. Zum Abschluß der Konferenz wurde der Dalai Lama, der nicht anwesend war, aber eine Grußbotschaft geschickt hatte, zum Sprecher für die Interessen der Minderheiten-Allianz bestimmt. (ZM, 94/11, S.66-67; FAZ, 21.10.94) -hei-

*** (12)
Tod des Revolutionsveteranen Yang Dezhi**

Im Alter von 83 Jahren ist in Beijing der einflußreiche General a.D. Yang Dezhi verstorben. Yang gehörte zu den wichtigeren Verbündeten Deng Xiaopings und hatte sich seit den siebziger Jahren beständig für die Reform- und Öffnungspolitik eingesetzt. Er war ein Veteran des "Langen Marsches" von 1934/35 (i.e. die zum revolutionären Urmythos überhöhte, von ständigen Kämpfen begleitete Absetzbewegung der kommunistischen Truppen gegenüber der Armee Chiang Kai-sheks).

Diese Erfahrung sowie die Kämpfe gegen die japanischen Invasoren im Bürgerkrieg und im Koreakrieg begründeten die militärische Karriere

Yangs. Er gehörte allerdings nicht zu den zehn Marschällen der VR China, denen die höchsten militärischen Verdienste für den Sieg der kommunistischen Revolution zugeschrieben wurden.

Unter Deng Xiaoping stieg Yang Dezhi 1980 zum Generalstabschef der Volksbefreiungsarmee (VBA) auf. Nach 1987 trat Yang im Zuge der "Verjüngung" der Beijinger Führung von seinen Ämtern zurück und leistete seitdem hinter den Kulissen substantielle politische Arbeit im Sinne Dengs. Im Frühsommer 1989 soll sich Yang allerdings zusammen mit anderen VBA-Veteranen kritisch gegenüber einer militärischen Unterdrückung der damaligen Protestbewegung geäußert haben. Trotz dieser Mißklänge unterstützte Yang bis kurz vor seinem Tod die politischen Initiativen Deng Xiaopings. Der Tod Yang Dezhis ist ein Verlust für die reformorientierten Kräfte in der Beijinger Führung. (Xinhua, 26.10.94; NZZ, 29.10.94) -hei-

Kultur und Gesellschaft

*** (13)
Internationale Konfuzianismus-Gesellschaft gegründet**

Am 5. Oktober 1994 wurde in Beijing im Rahmen einer internationalen Konferenz zum 2.545. Geburtstag von Konfuzius eine Internationale Konfuzianismus-Gesellschaft (*Guoji Ruxue Lianhehui*) gegründet. An der Gründungsversammlung nahmen zahlreiche Vertreter verschiedener Länder, zumal der ostasiatischen, teil: Neben Chinesen aus der Volksrepublik, Taiwan und Hongkong waren Fachleute aus Singapur, Korea, Japan, den USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, der Schweiz und Rußland zugegen. Zum Ehrenpräsidenten der Gesellschaft wurde der ehemalige Premierminister von Singapur Lee Kuan Yew bestellt, zum Präsidenten der Ehrenvorsitzende der Chinesischen Konfuzius-Stiftung Gu Mu und zum Vorstandsvorsitzenden der Präsident der (Süd-)Koreanischen Konfuzianismus-Gesellschaft Ch'oe Gundok. (RMRB, GMRB, 6.10.94; XNA, 6.10.94) Die Ziele, die die Gesellschaft verfolgt, sind den Re-

den einiger führender Persönlichkeiten auf der Gründungsversammlung zu entnehmen.

So erklärte Lee Kuan Yew, vierzig Jahre Regierungserfahrung hätten ihn überzeugt, daß moralische Werte und stabile Gesellschaft lebenswichtig seien. Wenn eine Gesellschaft an den inneren Werten festhalte, dann würden innerhalb der Familien, zwischen den Familien und zwischen Familien und Regierung gute und ordentliche Beziehungen gepflegt. Der wesentliche Inhalt und die Bedeutung dieser Beziehungen hätten sich nicht verändert. Weder Industrialisierung noch Technologie hätten sie irrelevant werden lassen. Gu Mu wies auf die lange Geschichte und den großen Einfluß der konfuzianischen Kultur hin; diese werde auch unter den gegenwärtigen Bedingungen neue Beiträge leisten und Gelegenheit haben, sich im Zusammenspiel mit anderen Kulturen der Welt weiterzuentwickeln. (XNA, 6.10.94) Ähnlich äußerte sich der Vizepräsident der Chinesischen Konfuzius-Stiftung Xin Guanjie: Der Konfuzianismus mit seinen inhärenten Merkmalen nehme in der ostasiatischen Kultur eine wichtige Position ein und habe überdies die Aufmerksamkeit gebildeter Kreise in der Welt auf sich gezogen. Der wirtschaftliche Aufschwung in Ostasien seit den siebziger Jahren habe das Augenmerk der Menschen bei der Suche nach seinem kulturellen Hintergrund auf die konfuzianische Kultur gelenkt. Für die Gründung der Gesellschaft, die er als internationales Forschungsorgan bezeichnete, nannte er die folgenden Gründe: Stärkung der Konfuzianismus-Forschung, Übernahme und Weiterentwicklung der Essenz des Konfuzianismus, Förderung neuer Beiträge für die friedliche Entwicklung der Welt und Zusammenführung von Gesellschaften, Institutionen und Einzelpersonen, die sich der Konfuzianismus-Forschung widmen. (GMRB, 6.10.94)

In diesen Aussagen kommt zwar eine unterschiedliche Gewichtung zum Ausdruck. Lee Kuan Yew z.B. betrachtet den Konfuzianismus als moralische Grundlage der Gesellschaft, während Xin Guanjie den Schwerpunkt eher auf die wissenschaftliche Forschung legt. Dennoch bestätigen die Aussagen, daß alle Redner im Grunde einen gemeinsamen Nenner und ein gemeinsames